

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1599

der Abgeordneten Steffen John (AfD-Fraktion) und Steffen Kubitzki (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/4318

### **Industrieller Strombedarf in Brandenburg**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Martin Bruderhöller, Vorstandsvorsitzender der BASF äußerte sich am 14. und 18. September in Gabor Steingarts „Morning Briefing/Morning Briefing Spezial“ zu den Folgen der deutschen Energiewende für die deutsche Chemieindustrie.

Auch Brandenburg und benachbarte ostdeutsche Bundesländer haben teilweise bedeutende Chemiestandorte in ihren Landesgrenzen, Brandenburg ist BASF-Standort.

Wir fragen die Landesregierung:

Frage 1: Wie schätzt die Landesregierung die Äußerung von Herrn Bruderhöller ein, dass „wir ... langfristig auf Energieimporte angewiesen sein“ werden, trifft dies insbesondere auch auf Brandenburg zu?

zu Frage 1: Die Aussage trifft grundsätzlich auch auf Brandenburg zu. Die zukünftige Energieversorgung wird durch die Sektorenkopplung in Zukunft noch mehr als ganzheitliches System betrachtet werden müssen, wie auch jetzt schon Erdöl oder Erdgas vollständig importiert werden müssen, wird auch zukünftig ein Teil der benötigten Energie über Importe gedeckt werden. Die Einbindung in das europäische Verbundnetz ist dabei von großer Bedeutung.

Frage 2: Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung bei den Äußerungen von Herrn Bruderhöller, dass „wenn sie die gesamte Chemie [in Deutschland] elektrifizieren wollen, sind sie ziemlich nah am gesamten Strombedarf von heute“, insbesondere: welche Folgen hat der erhöhte Strombedarf für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und andere Nutzungsbereiche wie die E-Mobilität in Brandenburg?

zu Frage 2: Die aktuellen Prognosen gehen von steigenden Strombedarfen aus. Um diesem Mehrbedarf Rechnung zu tragen, müssen die Ausbauziele für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ambitioniert ausgebaut werden und gegebenenfalls - wie in der Energiestrategie angelegt - auch regelmäßig überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden

Frage 3: Wie gewährleistet Brandenburg bis zum Jahr 2050 die ununterbrochene, grundlastfähige Energiesicherheit (bitte unterscheiden von der Masse der Produktion) der dekarbonisierten Industrie?

Zu Frage 3: Das wichtige Thema Versorgungssicherheit ist durch die Einbindung in das europäische Verbundnetzsystem von nationaler und internationaler Bedeutung. Für Deutschland - und damit auch für Brandenburg - wird die Sicherstellung der Energieversorgung durch die Bundesnetzagentur überwacht und durch regelmäßige Monitoring-Berichte dokumentiert. Dies gilt gleichermaßen für die Industrie wie für alle anderen Energienutzer.

Frage 4: Welche Maßnahmen zum Stopp der Preisspirale trifft die Landesregierung hinsichtlich der Äußerung von Herrn Bruderhöller, dass „wenn die Dekarbonisierung kommt und wir sie durchziehen, die Produkte teurer werden, das ist die Wahrheit, die man dem Bürger und dem Konsumenten sagen muss“, also das Güter und Produkte sich massiv verteuern werden?

zu Frage 4: Die Energiepreise bilden sich im Markt aufgrund des Angebots und der Nachfrage. Das Land Brandenburg hat keinen Einfluss auf gestiegene Beschaffungskosten. Das Land setzt sich aber dafür ein, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien günstiger wird, z.B. durch eine Absenkung der EEG-Umlage auf Null bei geeigneter Gegenfinanzierung aus steigenden CO<sub>2</sub>-Einnahmen.